

„Bei Drogen verstehen die keinen Spaß“

Samuel wollte zum Bund – obwohl er eher links tickt. Aber er war zu ehrlich

Protokoll Alina Götz

Politisch verortete ich mich links. Aber ich bin kein Linksextremist, politisch aktiv bin ich nicht, außer auf Demos, klar. Die Idee, zum Bund zu gehen, kam in und nach der Schulzeit. Damals spielte Disziplin eine große Rolle für mich. Ich habe an alltäglichen Dingen – Aufstehen, Aufgaben erledigen – gemerkt, dass mir die fehlt. Und genau das vermittelte die Bundeswehr gut und schnell.

Natürlich hat auch das Geld eine Rolle gespielt. Damals habe ich das als sehr leichten Weg gesehen, schnell zu genügend Geld zu kommen, die ich reisen kann und einen Start ins Leben habe. So drei, vier Jahre beim Bund, und dann eine Ausbildung anfangen. Das war mein Plan.

Soldat sein ist auch was sehr Besonderes. Das kann nicht jeder machen – sowohl körperlich als auch geistig. Man ist dafür da, andere Leute im Notfall beschützen zu können. Dass das im schlimmsten Fall auch das Töten anderer bedeutet kann, war für mich okay. Wenn mich jemand mit einer Waffe bedroht, ist es besser zu wissen, wie ich auch mit einer Waffe umgehen kann. Ich hab mich aber natürlich nicht im Kongo auf Zivilisten schießen sehen – das hätte ich niemals gemacht.

Wem ich allerdings genau bei einem Auslands-einsatz geholfen hätte, damit habe ich mich noch nicht so genau auseinandergesetzt. Mir ist aber schon bewusst, dass das weniger die Menschen, sondern vielmehr die deutschen politischen Interessen gewesen wären.

Ich wollte nicht zum Bund, um da irgendwelche

linken Strukturen oder Gedankengüter einzubringen. Aber ich habe mir schon vorgestellt, wie ich mit meinen Kameraden auf der Stube sitze und diskutiere. Ich bin davon ausgegangen, dass ich da mit Rechten zusammenkomme. Aber nicht nur – als ich da war, habe ich gemerkt, dass da sehr viele Jungs sind, die so wie ich denken.

Es hat dann nicht geklappt, weil ich zu ehrlich war: Als es um Drogen ging, habe ich gesagt, ich habe ein paar ausprobiert. Hätte ich nicht machen dürfen – bei Drogen verstehen die irgendwie gar keinen Spaß. Auch wenn es lange zurückliegt. Wobei Gras nach zwei Jahren verjährt. Beim ersten Gespräch im Sommer 2019 meinten sie deshalb, ich solle es in zwei Jahren noch mal versuchen.

Die zwei Jahre waren noch nicht um, und ich bin trotzdem noch mal hingegangen, im Herbst 2020. Die Ärztin meinte dann direkt – sie kannte das erste Protokoll –, dass ich niemals eine Waffe in die Hand bekommen würde und dass ich nicht das machen könnte, was ich eigentlich wollte: die Sanitätsausbildung. „Da kommt man schnell an drogenähnliche Substanzen ran, da lass ich dich nicht für freigeben“, hat sie gesagt. Dann hat sie mir Jobs mit Bürokratien angeboten. Genau das wollte ich aber nicht.

Jetzt mache ich auch einen Job, bei dem ich Menschen helfe. Und ich werde mich auch auf die Ausbildung zum Rettungssanitäter bewerben. Das mit dem Aufstehen ist immer noch gleich, aber inzwischen ist es mir egal.

Samuel (Name geändert), 22, wohnt in Süderbrarup (Schleswig-Holstein) und macht ein freiwilliges soziales Jahr in einer Rehabklinik.

Soldat gegen Deutschland

Werner Pormehn ging zur Bundeswehr, um antimilitaristisch zu wirken

Von Werner Pormehn

Im Februar oder März im Jahre 1976 lag der Einberufungsbescheid im Briefkasten. Zwei Wochen später sollte ich mich zum Grundwehrdienst in einer 129 km entfernten Kaserne der Bundeswehr einfinden. Nun ja. Ich hatte in den Jahren zuvor entschieden, wenn das kommt, dann geh ich wohl hin. Soldat, um unter Soldaten antimilitaristisch zu wirken, das war der Gedanke.

Die andere Seite hatte andere Gedanken: Die Einberufung war Ergebnis einer Initiative meines Arbeitgebers, welchem das politische und gewerkschaftliche Engagement erheblich auf den Zeiger gegangen war.

Die ersten Wochen waren eine bis dahin unbekannte Hölle. Ich war vorbereitet, hatte etliche Bücher zu dem Thema gelesen. Auch einige zur Geschichte der deutschen Weltkriege und Karl Liebknecht, der selber in den Kriegsdienst gezwungen war, mit seinem Werk „Militarismus und Antimilitarismus“ studiert. Kein Buch aus diesen Lektüren hatte das real Ausmaß dessen beschreiben können, was nun mit mir geschah.

Das ganze Programm der Ermiedrigung, der Entwürdigung, des Gehorsamstrainings brach über mich und bis zu 100 weitere, jetzt Uniformierte herein. „Nicht verzweifeln“ stellte sich als erste Bewältigungsaufgabe. Solidarität im Austausch mit den anderen. Und versuchen zu widersprechen.

Erste Versuche, gemeinsame Organisierung zu erwirken ... Lange Gespräche mit einem, dem die Verweigerung verweigert worden war. Gespräche, die halften: Nach einigen Wochen konnte er doch noch gehen. Einen Genossen aus einer anderen Stadt in einer Nachbarkompanie getroffen. Da hatte ich schon meinen Leitfaden für diese Zeit im staatsbürglerischen Unterricht einmal laut und deutlich ausgesprochen: „Wenn Deutschland Krieg führt, kämpft meine Kompanie auf Seiten der Roten Armee.“ Haben sie nicht ernst genommen ... Jeden Abend erst einschlafen können, wenn klar war, dass der nächste Tag eine neue Aktion beinhalten sollte und welche.

Nach zwei Wochen durften wir das erste Mal raus. Ich fuhr in meine Politgruppe und konnte erst gar nicht sprechen. Mir kamen nur einzelne, kaum zusammenhängende Sätze. Haben trotzdem geschafft, mich zu stärken. Unvergessenes

„Jetzt wieder hinter der Mauer“. Von den anderen hören, wie sie die 30 Stunden Freiheit verbracht hatten. Schon auch vergleichbar, aber irgendwie auch nicht. Mochten sich, die meisten, eher daran gewöhnen lassen.

Es gab einen, den hatten sie dazu bekommen mit dem Versprechen, Pilot zu werden, sich für vier Jahre zu verpflichten. Nach wenigen Tagen bekam der die Information, dass aus dem Fliegen nichts wird. Er blieb trotzdem, unterstützte mich aber vehement bei der ersten großen Polikation: eine Unterschriftenaktion an den Wehrbeauftragten mit fast allen aus der Ausbildungskompanie.

Noch davor (Soldatengesetz immer in der Beintasche dabei) die erste schriftliche Beschwerde beim Kompaniechef aus Anlass der entwürdigenden Behandlungen. Zum Vortreten vor die gesamte Kompanie befohlen, um die Antwort einschließlich der Belehrung zu erhalten – korrekter Formalton. Der Hinweis auf Folgen im Subtext deutlich mitschwingend. Anschließend auf die Stuben, ängstlich erwartend, diese angekündigten Folgen könnten entsolidarisierend gewirkt haben.

Das Gegenteil trat ein: Wir wurden noch während der Pause zusammengerufen zum verschärften Marschieren. Stundenlanges Exerzieren unter Schreien, Beschimpfungen. Aber es war spürbar: Wir hatten was verändert, wir hatten was gezeigt.

Nach drei Monaten Wechsel in eine sogenannte Stammkompanie. Dort mit neuen Menschen alles wieder von vorne, 1½ Monate lang. Dann war's innerhalb von drei Stunden vorbei. 18 Monate waren Pflicht. Es fehlten 46 Tage: Eine vorzeitige Entlassung wegen Gefährdung der Bundesrepublik Deutschland. Androhung von Anzeige wegen Hausfriedensbruch und Einsatz von Feldjägern, sollte ich mich weigern, das Kasernengeände zu verlassen.

Komisches Gefühl – hatte die letzten Wochen eigentlich jeden Tag feiern wollen in der erreichten erkämpften Widerstandssolidarität. Paar mal noch getroffen und Großartiges gehört, wie sie ohne mich weitergemacht haben. Sie haben weitgemacht!

Werner Pormehn, 65, Fernmeldehandwerker und Sozialökonom, arbeitet seit 20 Jahren beim Freien Radio FSK in der Roten Flora.



Erbüberleitung mit Panzer:
Soldaten eines Bataillons aus Munster bei der Übung „Heidesturm“
Foto: Klaus-Dietmar Gabbert/dpa

Der ehemalige Soldat Florian Pfaff ist Mitgründer des „Darmstädter Signal“, der an der offizielle Kritik übt. Seiner eigenen Karriere ist das

Interview Hagen Gersie

taz: Herr Pfaff, gibt es derzeit Linke in der Bundeswehr?

Florian Pfaff: Klar, kenne ich ja selbst. Aber ich denke mal, dort gibt es weniger Extremisten als auf der rechten Seite. Und ich kenne auch keinen General und ich denke mal, die Linken werden im KSK und allgemein in den Elitetruppen auch weniger vertreten sein.

Sind Sie als Arbeitskreis „Darmstädter Signal“ links?

Nein, wir wollen zumindest neutral bleiben, so neutral wie möglich. Das Problem ist, dass wir von rechts, oder sagen wir von denen, die diese offizielle Strategie machen, die ja nichts links ist,

dass wir von denen im Grunde keine Antworten erhalten, wenn wir da Referenten einladen. Es ist sehr schwer, jemanden zu bekommen. Es ist viel einfacher, von links jemanden zu bekommen, aber das ist natürlich nicht unser Ziel.

Was ist denn Ihr Ziel?

Das Ziel des Darmstädter Signals ist, gute Lösungen im Bereich Sicherheitspolitik zu erarbeiten, die nicht mit der offiziellen Sicherheitspolitik übereinstimmen müssen. Wir sind also, wenn Sie mehr wollen, ein Diskutierclub, nicht mehr und nicht weniger.

Was sind gute Lösungen?

Wenn als Diskussion auftaucht: Soll die Bundeswehr nun auch Kampfdrohnen bekommen? Dann sagen wir, wofür man die normalen Aufklärungsdrohnen überhaupt verwenden kann, und dafür braucht man gar keine Kampfdrohnen.

Wenn ich aber jetzt sage, ich brauche Kampfdrohnen, kann das nur den einzigen Zweck haben, fernab vom Gefecht Menschen töten zu wollen. Ich kann aber doch ein Todesurteil nicht nur deswegen vollstrecken, weil das im Ausland ist. Oder weil es ohne Gerichtsverfahren ist. Weil das sich ein paar wenige ausgedacht haben, wen wir da jetzt umbringen, das macht es doch nicht legal. Im Grunde sind das Morde, und Deutschland sollte sich daran nicht beteiligen.

Das Darmstädter Signal wird häufig der Friedensbewegung zugeordnet. Ist das nicht eigentlich ein Widerspruch?

Es ist eigentlich kein Widerspruch. Die Bundeswehr hat ja früher von sich behauptet, sie sei die größte Friedensbewegung in Deutschland, indem wir nämlich ausschließlich für den Frieden eintraten, niemals angreifen würden und schon durch Abschreckung, also ohne jedes Gefecht, den Frieden sichern.

Das ist aber nicht mehr so, oder?

Mittlerweile ist das anders. Wie Sie wissen, nimmt die Bundeswehr le-

Nach zwei Wochen durften wir das erste Mal raus. Ich fuhr in meine Politgruppe und konnte erst gar nicht sprechen. Mir kamen nur einzelne, kaum zusammenhängende Sätze